



Webels Woche

Ausgabe 7 - 13.01.2017

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

das neue Jahr ist mittlerweile schon wieder zwei Wochen alt. Politisch waren diese vor allem von einer notwendigen Debatte über die Verbesserung der Inneren Sicherheit geprägt. In dieser Debatte ist klar geworden, dass wir entschlossen handeln, während andere weiterhin nur Parolen und Krawall zu bieten haben. Zugleich ist auch deutlich geworden, dass vor allem viele linke Politiker offensichtlich ein Problem damit haben, wenn Sicherheitskräfte ihre Arbeit gründlich tun: der pauschale Vorwurf, deutsche Polizisten hätten in Köln potentielle Störer rassistisch verfolgt, hat die Mehrheit der Bürger zu Recht empört. Es kann nicht sein, dass sich unsere Sicherheitsbehörden rechtfertigen müssen, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger vor möglichen Übergriffen schützen. Genau das ist ihre Aufgabe und dafür brauchen sie unsere politische Unterstützung.

Die Bundesregierung hat sich in dieser Woche auf eine Reihe von Maßnahmen geeinigt, die von der Union schon lange gefordert wurden. Nach dem furchtbaren Terroranschlag in Berlin hat nun auch die SPD endlich die Notwendigkeit zu schnellerem und gründlicherem Handeln erkannt. Damit können die über 500 Gefährder in Deutschland zukünftig unter Ausnutzung aller technischen Hilfsmittel – wie zum Beispiel auch der elektronischen Fußfessel – besser überwacht werden. Der Rechtsstaat darf sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen. Deshalb soll die Nutzung von falschen Identitäten künftig schwere Konsequenzen für Asylbewerber haben. Außerdem sollen abgelehnte Asylbewerber konsequenter abgeschoben und – mit der Einführung eines neuen Haftgrunds – ein Untertauchen verhindert werden.

Konsequenter abschieben heißt auch, dass wir die Debatte über sogenannte sichere Herkunftsstaaten ehrlich führen müssen. Es kann doch gar kein vernünftiger Zweifel daran bestehen, dass Länder wie Algerien, Tunesien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten einzustufen sind. Das sieht im Übrigen auch der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg so. Die Mehrheit in seiner Partei macht sich hingegen weiter lächerlich, wenn sie die Realitäten einfach ignoriert.

Wo Jahr für Jahr hunderttausende Deutsche beim Strandurlaub entspannen, gibt es keine systematische politische Verfolgung. Die Anerkennungsquote von Asylbewerbern aus nordafrikanischen Staaten liegt deshalb auch im Promillebereich. Wenn diese Staaten dann aber nicht mit den deutschen Behörden kooperieren, beispielsweise bei der Klärung von Identitäten, muss Deutschland den Druck erhöhen. Dazu kann auch die Kürzung von Entwicklungshilfe gehören.

Außerdem bin ich dafür, dass wir in Deutschland den Grundsatz durchsetzen: Ausreisepflichtige müssen das Land ohne Wenn und Aber verlassen. Es ist nicht hinnehmbar, wenn sich insbesondere die rot-rot-grünen Landesregierungen in Thüringen oder Berlin vor ihrer Verantwortung drücken und die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaats leidet. Pauschale Duldungen oder fehlende Bereitschaft zur Abschiebung setzen völlig falsche Signale. Das kann und darf nicht so bleiben. Wir werden das im Bundestagswahlkampf auch ganz klar thematisieren. Mit der Union gibt es keinen Rabatt bei der Inneren Sicherheit. Und Sachsen-Anhalt geht mit der Einrichtung einer Task-Force bekanntlich einen anderen Weg.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseren Kurs unterstützt. Das macht, ebenso wie die hohe Zustimmung zur Union insgesamt, Mut für dieses Wahljahr. Die Union ist in der neuesten Sonntagsfrage mit 37 Prozent allein fast genauso stark, wie Rot-Rot-Grün zusammen (39 Prozent). Natürlich wissen wir, dass Umfrageergebnisse noch lange keine Wahlergebnisse sind. Aber es gab für uns auch schon deutlich schlechtere Ausgangspositionen. In diesem Sinne sollten wir mit Selbstbewusstsein, Mut und Optimismus weiter daran arbeiten, die Bürgerinnen und Bürger von unserer Politik zur Stärkung der Inneren Sicherheit sowie für mehr Wachstum und Beschäftigung zu überzeugen.

Ihr


Thomas Webel
Landesvorsitzender